

werden Sie hiermit benachrichtigt, daß Sie gemäß des Branntweinsteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1887, § 11 Absatz II. c., die Branntweinsteuer von jetzt ab bei jeder Anmeldung zur Abfertigung von Branntwein vorher auf dem unterzeichneten Steueramte zu hinterlegen haben. Nach erfolgter Abfertigung erhalten Sie innerhalb drei Tagen die etwa zuviel hinterlegte Steuer zurück oder haben den Fehlbetrag nachzuzahlen.

Königl. Steueramt."

Es wird Sache der Brennereibesitzer sein, welche eine derartige Belästigung nicht einfach hinnehmen wollen, die geeigneten Schritte zur Abhilfe zu thun. In dieser Weise wird das neue Branntweinsteuergesetz mit „Böhlwollen“ ausgeführt. Abgesehen davon, daß ein Haftbarmachen der ausführenden Beamten untergeordnet nicht zutrifft, finden wir gerade in der Rheinprovinz die Gewährung von Credit an die Brennereibesitzer so verschiedentlich behandelt und mit soviel Schwierigkeiten verbunden, daß die meisten Gewerbetreibenden keinen Credit erhalten oder, in der Voraussetzung einer sichern Ablehnung, keinen beanspruchen. In einem und demselben Haupt-Amts-Bezirk wird dem Einen Credit gewährt auf avalirten Wechsel seitens eines auswärtigen Bankhauses; dem Andern geht ein abschlägiger Bescheid zu. Nur ganz wenige Brenner haben dreimonatlichen Credit gegen gewöhnliche Bürgschaft; noch Wenigere haben Blankocredit auf drei Monate. Die Bestellung von Hypotheken wird mit dem Bemerkten abgelehnt, „daß die Hypothekenverhältnisse in der Rheinprovinz nicht danach angethan sein, daß Steuercredite auf Grund von Hypothekenbestellung bewilligt werden könnten.“ In einem Unter-Steueramts-Bezirk hat von ca. 20 Brennereibesitzern nur einer dreimonatlichen Blanko Credit. Im angrenzenden Bezirk eines anderen Haupt-Steueramtes haben sämtliche Brenner Blanko-Credit. Es sind das Zustände, welche unter ein und derselben Verwaltung schlechthin nicht zu motivieren sind.

— Die Redaktion der „Umschau“ bemerkt dazu: Wir möchten doch davor warnen, auf allgemeine Mittheilungen hin, bei denen meistens die Hauptsache verschwiegen wird, so gleich, ohne nähere Untersuchung ein abfälliges Urtheil abzugeben. Bei Kreditbewilligungen kommt es doch darauf an, ob Kreditnehmer und Bürgen, jeder für sich volle Gewähr für die creditirte Summe bietet und diese Frage kann doch eine Zeitungsredaktion nicht ohne Weiteres und allgemein bejahen!

Was den ersten Gegenstand betrifft, so muß doch erst festgestellt werden, ob überhaupt und event. wann (ob vor oder nach der Veranlagung) die Brennerei abgemeldet worden ist. Die Behauptung, es sei nicht anzunehmen, daß ein Betrieb, der geruht hat, wieder aufgenommen würde, ist doch ziemlich naiv. Wieviel tausend Gründe können ein zeitweiliges Einstellen des Betriebes erforderlich machen?

Der „Branntweinbrenner“ bringt Folgendes:

Die Statistik der Steuerverwaltung.

Bekanntlich gehört es zu den Pflichten des Brennereibesitzers die Menge der Maischmaterialien, welche pro Bottich verwendet werden, in der ersten Spalte des Betriebsplanes anzugeben. Auf Grund dieser Angaben werden in der Regel nach Ablauf eines Betriebsjahres durch die betreffenden Organe der Steuerverwaltung Zusammenstellungen gemacht aus denen ersichtlich sein soll wieviel im Laufe des vergangenen Jahres von den einzelnen Fruchtgattungen Centner oder Kilogramm auf Spiritus verarbeitet worden sind.

Der gewissenhafte Brennereitreibende wird also im Betriebsplane die zu verarbeitenden Materialien, gleichviel welcher Fruchtgattung sie angehören derart einschreiben, daß sie im großen Durchschnitt den wirklich verarbeiteten Mengen auch entsprechen.

Damit ist dem Gesetz und auch der steuerlichen Statistik vollständig entsprochen. Spezielle tägliche Angaben vorher

sind im landwirthschaftlichen Brennereibetriebe unausführbar und daher überflüssig.

Wenn wir also beispielsweise angeben: es werden für jeden Bottich 50 Ctr. Kartoffeln und 100 Mgr. Geste verarbeitet, so ist unseres Erachtens den gesetzlichen Bestimmungen in jeder Weise genügt und die steuerliche Statistik bleibt eine durchaus zuverlässige. Selbstverständlich darf das nicht ausschließen, daß der Brennereibesitzer, je nach der Qualität des gerade zur Verarbeitung kommenden Materials, einige Ctr. mehr oder weniger nimmt. Es wäre ja geradezu unverständlich, wenn der rationelle Brennereileiter bei Kartoffeln von 14 oder 24% Stärke dasselbe Quantum auf den Bottich einmaischen wollte. Ebenso unklug wäre es wenn er täglich ein ganz bestimmtes Quantum Malz pr. 100 Ctr. Raum verarbeitete und dabei das ihm für den Augenblick zur Verfügung stehende Gewächs gar nicht berücksichtigte. In beiden Fällen würde er nicht nur seinen Prinzipal, sondern auch bei den diesjährigen Lebensmittelpreisen, den allgemeinen Nationalwohlstand schädigen.

Wir vermögen daher auch nicht zu begreifen, weshalb ein Oberbeamter der Steuerverwaltung jüngst in einer Brennerei darauf bestand, daß im Betriebsplan ganz genau das Quantum Malz angegeben werden solle, welches jedesmal zur Geste verwendet würde. Selbstverständlich ist in dieser Brennerei die Gestebereitung genau schriftlich eingereicht worden und wird auch nach dieser Angabe die Geste bereitet.

Auf die Erwiderung, daß sich in einem realen Betriebe eine derartige Specialisirung der verwendeten Malzmengen nicht angeben ließe, weil man jedesmal die Qualität berücksichtigen müsse und in Folge dessen kleine Schwankungen unausbleiblich seien, hieß es: er könne sonst nicht richtige statistische Mittheilungen machen!

Darf man da nicht billigerweise fragen: was hat es mit der steuerlichen Statistik zu thun, wenn ein für allemal die Durchschnittszahlen richtig angegeben worden sind?

— Die Redaktion der „Umschau“ bemerkt dazu, wie die Annahme, die Declaration des Maischmaterials im Betriebsplan habe nur statistische Zwecke, vollständig irrig ist. Die Forderung dieser Angabe geschieht im Control-Interesse und jede einzelne unrichtige Angabe ist strafbar. Uns ist ein Fall bekannt, in welchem ein Brennereibesitzer auf Grund der Differenzen in dieser Beziehung zwischen Wirthschaftsbüchern und Betriebsplänen zu 80000 Thalern Strafe gerichtlich verurtheilt worden ist.

Der „Branntweinbrenner“ schreibt weiter:

Im Ferneren kommt es so häufig vor, daß, von Seiten der Steuerverwaltung, für uns wichtige Umandierungen nur mündlich angeordnet werden. Wir müssen bekanntlich die geringste Abweichung, das geringste Vorkommniß schriftlich und in der Regel in duplo dem zuständigen Steuer-Amt oder dem die Aufsicht führenden Beamten anzeigen resp. um Genehmigung nachsuchen. Dem Brennereitreibenden wird aber sehr häufig nur durch den ersten besten Beamten sagen gelassen: er habe dies oder jenes zu thun, es sei von höherer Stelle so angeordnet worden. Ein derartiges Verfahren entspricht jedenfalls nicht unseren sonstigen staatlichen Einrichtungen. Weder der Gerichts- noch Verwaltungsbehörden werden mündlich Abänderungen früher bestandener Verfügungen und Anordnungen vornehmen, immer wird man schriftlich den Auftrag erhalten: dies oder jenes zu thun, bezw. zu unterlassen, oder da und dort zu erscheinen.

Jedenfalls liege es im Interesse aller Gewerbetreibenden mündliche Verordnungen die mit der Motivirung: es sei höheren Ortes so bestimmt worden, gegeben werden, nicht so ohne weiteres zu acceptiren, sondern darauf zu bestehen, daß sie schriftlich mitgetheilt werden müssen. Daß es hierzu nicht Zeit gäbe oder an den nöthigen Arbeitskräften fehle, kann für uns nicht maßgebend sein und entspricht auch unserer so geord-